

Das Milchbauern-Manifest zu Göhren-Lebbin

zur Agrarministerkonferenz vom 13. bis 15. April 2016

Seit mehr als 26 Monaten befinden sich die Preise für Milchprodukte auf Talfahrt. An den börsennotierten Handelsplätzen haben sie sich mindestens halbiert. In diesem Sog stürzen zeitlich versetzt auch die Milcherzeugerpreise ab und eine Trendwende ist zumindest für 2016 bisher nicht in Sicht. Die Grundvoraussetzung für eine Marktumkehr, eine Anpassung der EU-Milchanlieferungen an die Nachfrage, fehlt schlichtweg.

Weiterhin verweigern sich die deutsche Bundesregierung und einige vor allem von CDU-Ministern geführte Agrarministerien jedem Ansatz, das Milchmarktproblem an der Wurzel anzupacken. Man baut weiter auf Kriseninstrumentarien, die schon 2009 und 2012 nicht in der Lage waren, riesige Verluste für die Milchviehhalter und damit einhergehend für die ländlichen Räume, zu verhindern oder wenigstens einzugrenzen.

In schon gewohnter Manier wird versucht, die Milchviehhalter mit der Forderung nach weiteren staatlichen Hilfspaketen zu vertrösten. Schlimmer noch, man versucht, mit Diskussionen über die Neugestaltung von Liefer- und Vertragsbeziehungen, die Nutzung von Warenterminbörsen wie auch über die mögliche Installation von Mehrpreismodellen von der Verantwortung der Politik und den Verbänden der Molkereiwirtschaft für diese katastrophale Lage der Milchviehbetriebe abzulenken.

Während sich die EU-Kommission mit Phil Hogan an der Spitze mittlerweile doch schrittweise bewegt, halten Bundesagrarminister Christian Schmidt und das von ihm geführte Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft unbeirrt an ihrem Kurs fest, der unweigerlich zu einer weiteren Vernichtung von bäuerlichem Eigentum führt. Mit dem am 23. März 2016 vorgelegten Non-paper zeigt die Europäische Kommission bestehende Möglichkeiten für Maßnahmen zur Lösung der Krise auf dem Milchmarkt auf. Annex 1 des Papiers sieht die zeitlich begrenzte Gewährung von leistungsabhängigen Beihilfen vor, wenn der Milchviehhalter seine Produktion einfriert oder reduziert. Um diese Möglichkeit zur Reduzierung des EU-Milchaufkommens national nutzen zu können, ist eine Notifizierung durch die Mitgliedstaaten notwendig. Das BMEL lehnt jedoch eine leistungsgebundene



Gewährung von Beihilfen zur Rücknahme der Milchanlieferung bisher kategorisch ab. Das ist geradezu ein Schlag ins Gesicht der marktorientierten Milchviehhalter.

Diesem völlig unverantwortlichen Verhalten wird durch die Verbände der Molkereiwirtschaft, dazu zählt angesichts seiner Positionen ganz offenkundig auch der Deutsche Bauernverband, Vorschub geleistet. Wie unlauter dort argumentiert und gehandelt wird, zeigt sich deutlich an einem konkreten Beispiel: Ganz aktuell hat Hans Holtorf, Geschäftsführer der frischli Milchwerke GmbH, in einem Rundschreiben seinen Milchlieferanten mitgeteilt, dass er einen Verfall des Milchpreises auf 19 Cent/kg und tiefer nicht ausschließen könne. Der Markt könne nur durch eine merkliche Reduktion der Anlieferungsmengen wieder ins Gleichgewicht kommen, heißt es in dem von Holtorf unterzeichneten Schreiben an die Milcherzeuger weiter. Der Milchindustrieverband MIV e. V., dessen stellvertretender Vorsitzender Hans Holtorf ist, spricht sich hingegen weiterhin gegen mengeneingrenzende Maßnahmen aus. Man hätte ein Nachfrageproblem, kein Angebotsproblem, so die Aussage des MIV beim Runden Tisch am 5. April 2016 in der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Berlin.

Die aktuelle Entwicklung hin zu einer erneuten, sehr massiven Milchmarktkrise ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat sich lange schon abgezeichnet. Die seit Monaten wiederholten Hinweise des BDM darauf jetzt als „Besserwisserei“ zu diskreditieren, wie von Bundesminister Schmidt geäußert, ist unsachlich, wenig konstruktiv und im Tonfall eines Ministeriums nicht würdig. Der BDM hat mit seinem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept, das auf den europäischen und globalen Milchmarkt abzielt, als einziger Verband einen Vorschlag vorgelegt, wie Milchmarktkrisen besser gemanagt werden könnten. Bisher wurden jedoch alle Chancen vertan, das vorhandene Sicherheitsnetz, das seine Mängel schon in den vergangenen Krisen deutlich zeigte, rechtzeitig modern und angepasst an einen mittlerweile globalen Milchmarkt auszugestalten.

Der BDM e. V. fordert die in Göhren-Lebbin tagenden Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren sowie insbesondere die Vertreter der Bundesebene dazu auf, endlich Handlungsschritte mitzutragen und Beschlüsse zu fassen, die ohne Wenn und Aber die Milchmarktproblematik an der Wurzel anpacken, d.h. das bestehende Überangebot an Milch in Angriff nehmen. Die angezettelten Debatten um mittel- und langfristig notwendige Veränderungen in den Vertragsbeziehungen zwischen Milchverarbeitern und Milchviehhaltern sind wichtig, lösen aber das aktuelle Milchmarktproblem in keiner Weise. Im beigefügten Kurz-Faktencheck zeigen wir deren Potenziale und Grenzen auf.

Die Erweiterung des EU-Sicherheitsnetzes um die zeitlich befristete Deckelung der EU-Milchmenge ist unabhängig von allen anderen Überlegungen notwendig. Marktveränderungen können sich kurzfristig, unvorhersehbar und insbesondere wenn politische Verwerfungen die Ursache sind, mit wenig Möglichkeit auf die Ursache Einfluss zu nehmen (s. Russland-Embargo), ergeben. Dann ist es umso wichtiger sich darauf flexibel einzustellen und entsprechend mit der Milcherzeugung zu reagieren.

Einen besonderen Appell richten wir zum wiederholten Mal an Bundesminister Christian Schmidt,

realisieren Sie endlich die Dimension der aktuellen Milchmarktkrise und die damit eintretenden Wertschöpfungsverluste für die Milchviehhalter und die Ländlichen Räume!

erkennen Sie endlich an, dass dies dringenden Handlungsbedarf im Sinne der Milchviehhalter bedeutet! Aktives Milchmarkt-Krisenmanagement muss politisch gestaltet werden und hat nichts mit „Planwirtschaft“ oder „Kommunismus“ zu tun!

übernehmen Sie in Ihrem Haus den Führungsanspruch und setzen Sie entsprechende Vorgaben für Ihren Führungsstab!

konzentrieren Sie sich weniger darauf, was nicht geht, als vielmehr darauf, wie eine konstruktive Lösung für diese Milchmarktkrise gefunden werden kann!

werden Sie aktiv und bringen Sie sich für die Installation eines wirkungsvollen Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt ein!

laden Sie auf Bundesebene zu Milchgipfeln oder wie auch immer genannten Krisengesprächen auch die aktiven und vom Verkauf der Milch abhängigen Milchviehhalter ein. Alle Konzepte, Vorschläge und schon bestehenden Kriseninstrumentarien müssen an einem Tisch überprüft und das Für und Wider abgewogen werden.

Als **Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung des globalen Milchmarktes** fordern wir die Agrarministerinnen und -minister, die Senatorinnen und Senatoren auf, sich für folgende Forderungen an den Bund einzusetzen:

- Notifizierung der im Agrarrat und von der EU-Kommission ermöglichten Maßnahmen zur Rückführung der EU-Milchanlieferung
- Der Bund hat sich in Brüssel für die Verwendung der Mittel der Superabgabe in Höhe von mindestens 900 Mio. Euro für ein Anreizprogramm zur zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung einzusetzen
- verbunden werden sollte dies mit einer zeitlich befristeten Deckelung der EU-Milchproduktion: Damit ist die Marktwirksamkeit der zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung gewährleistet bzw. wird sogar verstärkt.

Um zu verdeutlichen, wie ungleich massiver ein politisches Handeln nun aufgrund des bisherigen Nichtstuns ausfallen muss, um überhaupt noch weiteren Schaden von den Milchviehhalter abwenden zu können, formulieren wir hier eine Forderung, die eine Belastung der öffentlichen Haushalte bedeutet. Um NOCH größeren Schaden abzuwenden, ist auch folgende Überlegung anzustellen:

- Zusätzlich zu der schon vom Agrarrat beschlossenen Anhebung der Einlagerungsmengen sind die Voraussetzungen zu schaffen für unangekündigte, staatliche Aufkäufe von Butter und Milchpulver und die Erschließung alternativer Verwendungsmöglichkeiten für die sich anhäufenden Interventionsbestände (z.B. Energiebereich) sowie die Übernahme der Kosten dafür durch den Bundes-/Allgemeinhaushalt mit deutlich über 30 Cent/kg.

Diese Sofortmaßnahmen sind selbstverständlich keine wirklich tragfähige Lösung für die Bewältigung auch künftiger Marktkrisen.

Es müssen daher zusätzlich und unverzüglich notwendige Strukturen geschaffen werden, um ein sinnvolles Marktkrisenmanagement zu installieren.

Ebenso wichtig und dringend ist es, die Marktstellung der Milchviehhalter zu verbessern – durch eine

- verbindliche Vorgabe von Vertragsvereinbarungen über Preis und Menge noch vor der Lieferung der Milch auch im Genossenschaftsbereich, Basis für Preisvereinbarungen müssen die durchschnittlichen Erzeugungskosten sein.
- gesetzliche Vorgabe der Trennung von Kapital und Milchanlieferung (Andienungspflicht im genossenschaftlichen Molkereiwesen)

Bei der Diskussion der Neugestaltung von Vertragsbeziehungen muss zwingend die Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter im Vordergrund stehen. Wer die Interessen von Milchverarbeitern und Milchviehhaltern gleichsetzt und diese Diskussion dafür nutzt, durch die Hintertür Mehrpreissysteme und quotenähnliche Molkereilösungen zu installieren, erweist den Milchviehhaltern gerade in der aktuellen Marktsituation mit drückenden Übermengen einen Bärendienst.

Angesichts der massiven finanziellen Verluste auf unseren Betrieben haben wir kein Verständnis dafür, dass Ablenkungsdiskussionen geführt werden, die diese Krise nicht lösen werden und dass weiter auf bessere Marktzeiten lediglich gehofft werden soll. Zuviel steht auf dem Spiel für unsere Betriebe und die Ländlichen Räume.

Wir sind es gewöhnt, Herausforderungen anzupacken und erwarten dies entsprechend auch von unseren Agrarministerinnen und -minister. Wir sind der festen Überzeugung, dass die jetzt auftretende Krise ebenso wie weitere Krisen mit einem aktiven Handeln wirkungsvoll gemanagt werden könnte.